

Kleine Anfrage

des Abg. Alexander Salomon GRÜNE

und

Antwort

des Innenministeriums

**Geodatenbasierte Online-Plattform
für Hinweise aus der Bürgerschaft**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie den Nutzen geodatenbasierter Online-Plattformen für Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern, wie beispielsweise den „Maerker Brandenburg“ oder das von der Stadt London eingesetzte System während der Olympischen Spiele 2012?
2. Gibt es vergleichbare Projekte in Baden-Württemberg bzw. sind solche Projekte geplant (durch das Land, durch Landkreise oder Kommunen bzw. durch Private)?
3. Welche Informationen liegen ihr dazu vor, wie „Maerker Brandenburg“ in Brandenburg oder Online-Plattformen in anderen Ländern genutzt wurden und welche konkreten Verbesserungen wurden damit erzielt?
4. Welche Effekte wären ihrer Kenntnis nach zu erwarten, wenn in Baden-Württemberg eine vergleichbare Plattform eingesetzt würde?
5. Inwieweit könnten die Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung (z. B. der WebAtlasDE) als Datengrundlage für eine Online-Plattform vergleichbar „Maerker Brandenburg“ genutzt werden?
6. Besteht die Möglichkeit, das Geodatenportal des Landes (<http://www.geoportal-bw.de/>) um eine entsprechende Feedbackfunktion zu ergänzen?

7. Welche Überlegungen ihrerseits gibt es, Geodaten in die Bürgerbeteiligungsstrategie des Landes einzubeziehen?

10.09.2012

Salomon GRÜNE

Begründung

Im Zuge der Olympischen Spiele in London hat die Stadtverwaltung alle Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sich aktiv an der Mängelbeseitigung in der Stadt zu beteiligen. Dafür wurde eine Onlineplattform geschaffen, auf der geodatenbasiert Hinweise auf Mängel (Müll, Vandalismus, etc.) an die Stadtverwaltung geschickt werden konnten.

Das Innenministerium des Landes Brandenburg hat schon am 17. September 2009 eine vergleichbare Plattform gestartet, die sehr erfolgreich ist. Bis Mitte 2012 wurden über 10.000 Hinweise darauf von Bürgerinnen und Bürgern veröffentlicht; von Graffiti bis hin zu Scherben auf einem Kinderspielfeld wurden viele thematisch unterschiedliche Hinweise gegeben, denen mittels eines Melde- und Beschwerdesystems zeitnah nachgegangen werden kann.

Antwort

Mit Schreiben vom 27. September 2012 Nr. 5-0274.4/65-5/273 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Finanz- und Wirtschaftsministerium, dem Kultusministerium, dem Umweltministerium, dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet sie den Nutzen geodatenbasierter Online-Plattformen für Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern, wie beispielsweise den „Maerker Brandenburg“ oder das von der Stadt London eingesetzte System während der Olympischen Spiele 2012?

Zu 1.:

Der Aufbau und Einsatz einer auf Geodaten basierenden Online-Plattform für die Entgegennahme und Bearbeitung von Mängel- und Schadensmeldungen im Bereich öffentlicher Infrastruktur erscheint grundsätzlich möglich und sinnvoll. Bürgerinnen und Bürger könnten über eine solche Plattform Schäden und Mängel unmittelbar und leicht, bei Nutzung eines Smartphones ergänzt um Bilder und automatische Positionsangaben, melden. An das Meldesystem könnte ein Service-ticket-System angeschlossen werden, über das der Empfang und die Bestätigung der Meldung, deren Zuordnung zur verantwortlichen Stelle und weitere Bearbeitung bis hin zum Abschluss eines aus der Meldung resultierenden Vorgangs systematisch gesteuert und transparent verfolgt werden könnte.

Der weitaus größte Teil der Mängel und Schäden tritt im Bereich kommunaler Infrastruktur auf. Ein landesweites Portal müsste daher die kommunale Ebene zwingend mit einbeziehen.

Der Landkreistag sieht in Angeboten wie „Maerker Brandenburg“ grundsätzlich positives Potenzial. Interessant seien auch Meldungswege über eine Smartphone-App. Die Erweiterung bestehender geodatenbasierter Online-Plattformen durch Kommunikationsmöglichkeiten der Bürgerschaft mit der Verwaltung könne grundsätzlich positive Effekte nach sich ziehen.

Viele Fragen, Meldungen, Hinweise auf Beschädigungen oder Beschwerden hätten einen Raumbezug und ließen sich in einer Karte eindeutig lokalisieren. Anhand solcher Dienste könnten die Bürgerinnen und Bürger schnell und unmittelbar mit der Verwaltung in Kontakt treten. Denkbar und sinnvoll wäre auch, dass sich die meldenden Personen über den jeweiligen Bearbeitungsstand ihres Anliegens informieren können. Die Verwaltung könne ebenfalls profitieren, da sie über ein solches System aktuelle Informationen erhalte. Durch die kartenbasierte Darstellung der Hinweise könne sie außerdem Übersichten über örtliche „Brennpunkte“ erstellen und daraus raumbezogene Auswertungen ableiten.

Ein entsprechendes „Melde- und Beschwerdemanagement“ stelle jedoch auch hohe Ansprüche an die Arbeit auf der Verwaltungsseite. Die Mängel müssten zeitnah behoben, Schäden rasch beseitigt und Hinweise entsprechend schnell beantwortet werden. Zudem müssten nicht alle Meldungen sachdienlich sein (Bagatelldinweise und Falschmeldungen). Herausfordernd sei die Frage der Zuständigkeiten. Aus Sicht eines Meldenden sei die Frage, ob Gemeinde, Land oder Bund einen Mangel an einer Straße beseitigen muss, nachrangig. Deshalb müsse die Weiterleitung der Meldung an die richtige Stelle geklärt sein, bevor ein solches Projekt gestartet wird. Dies schließe auch die Frage ein, welche Stelle auf welche Weise die Rückmeldung über die Schadensbehebung gibt.

Aus Sicht des Städtetages sehen Bürgerinnen und Bürger in ihrer unmittelbaren Umgebung oft mehr als die Verwaltung. Deshalb nähmen Verwaltungen Hinweise engagierter Bürgerinnen und Bürgern gerne entgegen und hätten schon heute unterschiedlichste Möglichkeiten eröffnet, um auf „Mängel“ in der jeweiligen Stadt hinzuweisen.

Die Verknüpfung von Raum- und Sachinformationen mit Geoinformationen ermögliche eine anschauliche Darstellung von Sachverhalten. Geodaten seien unerlässlich als Grundlage für politische Entscheidungen und erhöhten letztlich die Verwaltungseffizienz. Geodatenbasierte Online-Plattformen verknüpften die vorhandenen Geodaten mit der Sachinformation und könnten die Effektivität des Verwaltungshandelns erhöhen und das Verfahren beschleunigen.

Online-Plattformen zur Mängelmeldung hätten aus Sicht des Städtetages einige Vorteile. So seien Daten zum gemeldeten Mangel, z. B. Bildinformationen und Raumbezug, präziser. Der Schriftverkehr werde vereinfacht. Die Kommunen könnten ihre Leistungen zur Gefahrenbeseitigung und zum Erhalt der Infrastruktur besser dokumentieren. Das Meldeaufkommen für Mängel werde entzerrt.

Herausfordernd seien in zeitlicher wie organisatorischer Hinsicht die direkten Rückmeldungen an die Meldenden über die Beseitigung des Mangels. Ein Online-Verfahren wecke in der Bürgerschaft eine hohe Erwartungshaltung, insbesondere werde die Reaktionszeit der Verwaltung verkürzt. Dies gut und verlässlich zu gestalten sei personell und organisatorisch nicht leicht umzusetzen. Allerdings gingen Städte, die bereits Online-Angebote zur Mängelmeldung im Einsatz haben, davon aus, dass Meldungen über eine Online-Plattform Meldungen per Telefon und per E-Mail tendenziell verdrängen werden. Ein Zuwachs an Meldungen durch den einfacheren Zugang werde oft erwartet, aber durch die bisherige Praxis nicht bestätigt.

2. Gibt es vergleichbare Projekte in Baden-Württemberg bzw. sind solche Projekte geplant (durch das Land, durch Landkreise oder Kommunen bzw. durch Private)?

Zu 2.:

Nach Auskunft des Städtetags Baden-Württemberg ist den Städten die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, Mängel leicht zu melden, besonders wichtig. Mängelmeldungen seien bei vielen Städten auch heute schon möglich, vorwie-

gend über E-Mail, Telefon und Formulare. Dafür gebe es auch schon Online-Anwendungen mit Geodatenbezug, beispielsweise die Anwendung „GIS for you“ in Aalen. Die Stadt Karlsruhe habe aufgrund der wachsenden Bedeutung von Smartphones und Tablets eine App-Anwendung („KA-Feedback“) entwickelt, die von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen werde. Der Städtetag macht darüber hinaus auf Web 2.0-Anwendungen privater Initiativen aufmerksam, die Geodaten nutzen und Mängelmeldungen an die Stadtverwaltungen erleichtern, zum Beispiel www.maengelmelder.de, www.mapnificent.net oder www.wheelmap.org.

Der Landkreistag Baden-Württemberg hebt das Beispiel des Portals „Sag’s doch“ des Bodenseekreises hervor. Der Bodenseekreis habe gemeinsam mit der Stadt Friedrichshafen im Rahmen des T-City-Projekts ein webbasiertes Beschwerdemanagement aufgebaut, das auch Daten von Google Maps zur Lokalisierung von Schadensfällen einsetze. Das von Landkreis und Stadt gemeinsam betriebene D115-Servicecenter sichte die täglich eingehenden Anliegen und leite sie dann an die zuständigen Abteilungen weiter. Den Bürgerinnen und Bürgern werde eine Rückmeldung innerhalb von zehn Arbeitstagen garantiert. Das System überwache die Einhaltung dieser Frist und mahne bei Überschreitung eine Rückmeldung an. Seit dem Start vor rund einem Jahr seien über 700 ernst zu nehmende Meldungen eingegangen.

Der Landkreistag nennt darüber hinaus weitere Beispiele. So würden in Bietigheim-Bissingen Schülerinnen und Schüler an drei Schulen in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung und dem Landratsamt Ludwigsburg Ist-Daten zu den Radwegen einschließlich der Gefahrenpunkte erfassen. Auf dieser Basis würden Radschulwegpläne erarbeitet. Der Enzkreis und der Schwarzwald-Baar-Kreis bieten Geodatendienste mit dynamischen Karten- und Geodatenabfragen an, über die Mängel wie zum Beispiel wilde Müllablagerungen oder Schäden wie zum Beispiel Schlaglöcher gemeldet werden können.

Das Umweltministerium betreibt auf konventioneller Basis (Telefon, E-Mail, Fax, Briefpost) eine Umweltmeldestelle. Die dort eingehenden Anfragen werden zeitnah beantwortet. Die Kontaktdaten sind auf den Internetseiten des Umweltministeriums hinterlegt (<http://www.um.baden-wuerttemberg.de>). Ein Ausbau in Richtung Online-Plattform ist nicht geplant.

Einige Portale des Landes stellen bereits raumbezogene Informationen dar. Hierzu gehören zum Beispiel das Baustellen-Informationssystem und das Geoportal Raumordnung aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur.

Das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung konzipiert für das Geoportal Baden-Württemberg eine Anwendung, mit der die Bürgerinnen und Bürger Unstimmigkeiten oder Auffälligkeiten in den Geodaten melden können. Die Meldungen über diese „GeoAppBW“ sollen den die Geodaten haltenden Stellen zur Prüfung und Aktualisierung der Geodaten übermittelt werden.

Beim weiteren Ausbau muss der Raumbezug nicht in allen Fachportalen selbst hinterlegt werden. Die INSPIRE-Richtlinie definiert Standards, mit denen Geodatendienste von (zentralen) Geoportalen zur Herstellung des Ortsbezuges in Fachportale eingebunden werden können.

Der Städtetag sieht die Notwendigkeit, die Vorzüge einer landeseinheitlichen Online-Plattform zur Mängelmeldung zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden zu erörtern, falls das Land solche Überlegungen konkretisieren sollte. Die Städte hätten ihren Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten für die Mitteilung von Mängeln bereits dezentral, teilweise über eine Online-Plattform, eröffnet. Diese würden in der Bürgerschaft breit akzeptiert und ermöglichen eine unbürokratische Handhabung.

Das Land plant bisher kein „Maerker Brandenburg“ vergleichbares Projekt. Der weit überwiegende Teil möglicher Schadens- und Mängelmeldungen betrifft die baden-württembergischen Kommunen. Das Land kann daher den Kreisen, Städten und Gemeinden nur Anstöße für ein die jeweiligen Grenzen der Gebietskörperschaften übergreifendes Portal geben. Es wäre auch zur entsprechenden Erweiterung des staatlich-kommunalen Serviceportals www.service-bw.de grundsätzlich bereit, wenn die Kommunen breites und nachhaltiges Interesse daran signalisi-

sieren und Weiterentwicklung und Betrieb maßgeblich mitfinanzieren. Allerdings wäre dazu auch auf Landesseite die Finanzierung der erforderlichen Ressourcen sicherzustellen.

3. Welche Informationen liegen ihr dazu vor, wie „Maerker Brandenburg“ in Brandenburg oder Online-Plattformen in anderen Ländern genutzt wurden und welche konkreten Verbesserungen wurden damit erzielt?

Zu 3.:

„Maerker Brandenburg“ ist ein Portal für Bürgerinnen und Bürger, mit welchem sie ihrer kommunalen Verwaltung bei der schnelleren Beseitigung oder Lösung von Infrastrukturproblemen zeitnah helfen. Die Verwaltung teilt dem Einreicher und allen Nutzern des Maerkers mit, wie der aktuelle Stand ist. Dies wird mit einem System aus Ampelfarben dargestellt. Das Portal wurde 2009 gestartet. Mittlerweile beteiligen sich in Brandenburg 44 Kommunen (Stand 21. September 2012) daran. Es wurden bisher 9.564 Hinweise (Stand 21. September 2012) bearbeitet. Insgesamt wurden bereits über 10.000 Bürger-Hinweise über das Portal eingereicht. Die jeweils aktuelle Zahl kann der Webseite von „Maerker Brandenburg“ entnommen werden. 60 Prozent der bisher eingegangenen Hinweise beziehen sich auf Probleme der Verkehrsinfrastruktur, darunter etwa zur Hälfte Hinweise auf defekte Straßenlaternen. Jeder zehnte Nutzer beklagte sich bei seiner Kommune über Abfall- oder Müllprobleme.

Das Innenministerium in Brandenburg hat auf Nachfrage berichtet, dass die teilnehmenden Kommunen mit der Anwendung zufrieden seien. Diese Zufriedenheit werde auch dadurch deutlich, dass seit dem Start die Zahl der teilnehmenden Kommunen von drei auf über 40 gestiegen sei. Der durch „Maerker Brandenburg“ zusätzlich entstehende Aufwand beschränke sich für die jeweiligen Verwaltungen auf die Aktualisierung der Statusmeldung auf dem Portal. Die Bearbeitung der übrigen Arbeitsschritte gestalte sich analog zu den auf konventionellem Wege (Telefon, Telefax oder E-Mail) eingereichten Hinweisen. Die Teilnahme sei für die Kommunen ansonsten kostenfrei und richte sich nach einer Rahmenvereinbarung, die auf der Webseite unter dem Bereich „Aktuelles“ zu finden ist. Seit Anfang 2012 sei auch eine App für den „Maerker Brandenburg“ verfügbar, um damit auch mobile Meldungen möglich zu machen. Die Deutsche Bahn AG unterstütze „Maerker Brandenburg“ seit dem 1. Februar 2012. So könnten Maerker-Kommunen Hinweise mit Bahn-Bezug ebenfalls über die Plattform abwickeln. Eine eigene Kontaktstelle der Bahn koordiniere die Bearbeitung der Hinweise und orientiere sich an den Zielen der Rahmenvereinbarung.

Im Land Berlin testet der Bezirk Lichtenberg das Modell von „Maerker Brandenburg“ seit Oktober 2011. Bis zum Ende des Jahres 2012 sollen die Erfahrungen ausgewertet werden, um zu prüfen, ob das System in Berlin in weiteren Bezirken zum Einsatz kommt.

Weitere Länder setzen das System von „Maerker Brandenburg“ derzeit nicht ein. Hamburg plant eine Eigenentwicklung auf der Grundlage der Idee von „Maerker Brandenburg“. Weitere Online-Plattformen in Flächenländern sind dem Innenministerium nicht bekannt.

4. Welche Effekte wären ihrer Kenntnis nach zu erwarten, wenn in Baden-Württemberg eine vergleichbare Plattform eingesetzt würde?

Zu 4.:

Die Vorteile einer landesweiten Online-Plattform liegen auf der Hand. Wo Schäden schneller bekannt werden, können die Gebietskörperschaften ihrer Verkehrssicherungspflicht leichter nachkommen. Die Bevölkerung wird zur Mithilfe und Teilhabe an der Entwicklung ihres Gemeinwesens aktiviert. Vor allem kleinere Kommunen, die keine eigene Online-Plattform für Meldungen von Schäden und Mängeln auf ihrem Gemeindegebiet aufbauen können oder wollen, könnten daran kostengünstig partizipieren.

Auf Landesseite könnten mit einer ressortübergreifenden Plattform das Service-Angebot des Landes an die Bürgerinnen und Bürger verbessert, der Verwaltungsaufwand zur Bearbeitung von Hinweisen im Vergleich zu telefonischen oder schriftlichen Meldungen reduziert und Mehrfachaufwand für Einzellösungen in den Ressorts vermieden werden. Aus polizeilicher Sicht besonders hervorzuheben ist die optische Verwahrlosung des öffentlichen Raums, die zum Entstehen sogenannter Angsträume führen kann. Diese Örtlichkeiten sind ein sichtbares Zeichen vergangener Verstöße und gelten regelmäßig als Indiz des Verfalls der formellen und informellen Sozialkontrolle. Die Bevölkerung nimmt diese Angsträume potenziell als bedrohlich wahr und meidet sie im negativen Fall. Durch den Einsatz einer vergleichbaren Plattform wäre zumindest eine schnelle Reaktion der Verantwortlichen auf Vandalismus möglich, was der Entstehung von Angsträumen vorbeugen und zum Erhalt des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung beitragen könnte.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Nr. 1 verwiesen.

5. Inwieweit könnten die Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung (z. B. der WebAtlasDE) als Datengrundlage für eine Online-Plattform vergleichbar „Maerker Brandenburg“ genutzt werden?

Zu 5.:

Eine geodatenbasierte Online-Plattform benötigt als Datengrundlage zuverlässige und aktuelle Geodaten. Die amtlichen Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung sind hierfür geeignet. Sie garantieren Aktualität, Flächendeckung und Qualität. Große Bedeutung haben die Geobasisdaten für die Eigentumssicherung, den Umwelt- und Naturschutz, die Ressourcennutzung, die Raumplanung, die städtebauliche Planung, die Statistik und den Tourismus. Nach dem Vermessungsgesetz Baden-Württemberg führen die staatlichen Behörden ihre raumbezogenen Fachinformationssysteme auf der Grundlage der Geobasisdaten.

Die Generalvereinbarung Geobasisdaten der Ministerien und des Landkreistags mit dem Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung erlaubt allen nutzungsberechtigten Stellen, im Rahmen ihrer öffentlichen Aufgabenerledigung die Geobasisdaten auch für Online-Plattformen zu nutzen. Dies gilt auch für Städte und Gemeinden, sofern sie einer Rahmenvereinbarung des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung mit dem Städtetag und dem Gemeindetag beigetreten sind.

6. Besteht die Möglichkeit, das Geodatenportal des Landes (<http://www.geoportal-bw.de/>) um eine entsprechende Feedbackfunktion zu ergänzen?

Zu 6.:

Das Geoportal Baden-Württemberg (www.geoportal-bw.de) ist die amtliche Informations- und Kommunikationsplattform rund um die Geodaten im Land. Der freie Zugang zum Geoportal erlaubt Bürgerinnen und Bürgern, gebündelt auf einer Plattform Kenntnis von hochwertigen Geodaten verschiedenster Fachdisziplinen einfach und anschaulich zu erlangen. Dadurch können Partizipationsprozesse wie die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern bei staatlichen Entscheidungsprozessen angeregt werden.

Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung können als Datengrundlage für eine Onlineplattform verwendet werden. Andere Geschäftsprozesse sollen mit dem Geoportal nicht unterstützt werden. Vielmehr bedarf es bei der Umsetzung einer Online-Plattform entsprechend dem „Maerker Brandenburg“ einer intensiven Anforderungsanalyse, die möglicherweise in einer appfähigen Webanwendung auf Basis von Geobasisdaten mündet.

7. Welche Überlegungen ihrerseits gibt es, Geodaten in die Bürgerbeteiligungsstrategie des Landes einzubeziehen?

Zu 7.:

Der Ministerrat hat am 11. September 2012 den Eckpunkten für einen neuen Planungsleitfaden zugestimmt. Der Planungsleitfaden wird ein zentraler Baustein der Bürgerbeteiligungsstrategie des Landes im Hinblick auf die Verwaltung sein. Im Herbst 2013 soll der Leitfaden als Verwaltungsvorschrift der Landesregierung beschlossen werden. Im Leitfaden sollen beispielsweise Schnittstellen von Planungsverfahren und Bürgerbeteiligung aufgezeigt werden, Checklisten und Musterschreiben für die Durchführung einer Bürgerbeteiligung und ein Verzeichnis von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern sowie Ratgebern bei Fragen zur Bürgerbeteiligung beinhalten. Der Leitfaden wird in einem offenen Prozess erarbeitet. Die Berücksichtigung des Angebots an Geodaten für eine umfassende und qualitätsvolle Beteiligung kann dort betrachtet werden. So wäre es denkbar, die im Entwurf der Bundesregierung für ein E-Government-Gesetz des Bundes vorgesehene Öffentliche Bekanntmachung im Internet bei Planungsvorhaben mit einem entsprechenden Ortsbezug durch Geodaten zu versehen. Auch solche Erweiterungen bestehender Lösungen kosten Geld und müssten noch finanziert werden.

Gall

Innenminister